

Warnstreik in Kiel: ver.di kämpft für bessere Bedingungen!

Ver.di ruft in Kiel zu einem ganztägigen Warnstreik auf, da Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gescheitert sind.



Kiel, Deutschland - Am 18. März 2025 wurden die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Deutschland als gescheitert erklärt. Aus diesem Grund ruft die Gewerkschaft ver.di zu einem ganztägigen Warnstreik in Kiel auf. Betroffen von diesen Maßnahmen sind mehrere wichtige Einrichtungen, darunter die Stadtwerke, kommunale Kindertagesstätten, das städtische Krankenhaus und die Verkehrsüberwachung, wie **NDR berichtete**.

Der Bezirksgeschäftsführer von ver.di Kiel-Plön, Manuel Gellenthin, äußerte sich zur aktuellen Situation und betonte die Notwendigkeit dieses Ausstands, um die Verhandlungen zu erörtern. In der dritten Verhandlungsrunde konnten sich

Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht einigen, was zu dieser Eskalation führte. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) informierte über den Stand der Verhandlungen und erklärte, dass die Arbeitgeber an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gegangen seien. Die Gewerkschaften jedoch zeigen sich kompromissunwillig und ver.di-Vorsitzender Werneke wies Vorwürfe zurück, ohne Verständnis für den Verhandlungsabbruch zu zeigen. Während der Schlichtung, die innerhalb von drei Tagen beginnen soll, sind Streiks nicht erlaubt. Der öffentliche Nahverkehr wird bis Mittwoch bestreikt, wodurch Busse und Straßenbahnen nur eingeschränkt oder gar nicht fahren werden.

Einfluss auf den öffentlichen Dienst

Die gescheiterten Tarifverhandlungen betreffen über 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, davon rund 385.000 in Baden-Württemberg, wie **Tagesschau berichtete**. Der Konflikt erstreckt sich über verschiedene Sektoren wie Kliniken, Kitas, Pflegeeinrichtungen und den öffentlichen Nahverkehr. Die Gewerkschaften fordern unter anderem eine Tarifierhöhung um 8% oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat sowie drei zusätzliche freie Tage. Die Arbeitgeberseite hat zuletzt eine Erhöhung um 5,5% sowie ein höheres 13. Monatsgehalt angeboten.

Unabhängige Schlichter werden nun zur Lösung des Tarifstreits eingesetzt, nach dem die dritte Verhandlungsrunde, die vier Tage dauerte, ohne Ergebnis endete. Die Gewerkschaft ver.di hatte zuvor bereits zu Warnstreiks aufgerufen, insbesondere in Städten in Baden-Württemberg. Arbeitgeber und Gewerkschaften befinden sich in einer angespannten Verhandlungsphase, in der weiterhin Warnstreiks denkbar sind, diese jedoch während der Schlichtung ausgeschlossen sind.

Vorfall	Warnstreik
Ort	Kiel, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de